

# Zusatzrunde für Steuervereinfachung

Landrat lässt einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative ausarbeiten

THOMAS GUBLER

**Der Landrat lehnt die Steuervereinfachungsinitiative der FDP ab und will sie zusammen mit einem Gegenvorschlag zur Abstimmung bringen. Er fällt gestern den entsprechenden Grundsatzen.**

Gegen eine Vereinfachung der Steuern und der Steuererklärung hatte gestern im Landrat niemand etwas einzuwenden. Und gleichwohl wollten sich für die im Jahr 2009 mit 4348 Unterschriften eingereichte Volksinitiative «Einfachere Steuern für das Baselbiet» nur ihre Urheberin, die FDP, sowie der überwiegende Teil der CVP stark machen. Mit 51 zu 33 Stimmen beschloss der Rat, im Sinne der Finanzkommission einen Gegenvorschlag ausarbeiten zu lassen. Vergebens verlangte Siro Imber (FDP) vom Kantonsparlament einen «mutigen Befreiungsschlag».

Das Volksbegehren verlangt, dass das Steuergesetz einfach, leicht verständlich und nachvollziehbar ausgestaltet wird und dass sich der Kanton mit einer Ständesinitiative für eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung des Bundes einsetzt. Letzteres vor allem deshalb, weil der Spielraum für kantonale



**Alljährliches Kopfzerbrechen.** Die FDP will das Steuersystem im Baselbiet vereinfachen. Foto: Keystone

Steueralleingänge eben beschränkt ist.

**BLACKBOX.** Eine Vereinfachung nach den Vorstellungen der Initianten aber hätte Einkommenssteuertarife mit nur noch wenigen Progressionsstufen zur Folge. Vor allem aber würden Spezialabzüge wie die Bausparbeiträge, die Kosten für den Liegenschaftsunterhalt, der Schuldzinsenabzug oder die Kosten für Kinderdrittbetreuung wegfallen. Die heutige Vermögens- und Vermögensertragssteuer

würde durch eine «Soll-Kapitalrendite-Besteuerung» ersetzt. Die aufgrund eines festgelegten Satzes errechnete Rendite wäre als fiktives Einkommen zu versteuern. Erreichen die Erträge des Steuerpflichtigen – durch konservative Anlage – diesen Wert nicht, bezahlt er zu viel Steuern, während die Hochrisikospesulation steuerlich belohnt würde. «Das ist eine Blackbox», sagte Hans-Jürgen Ringenberg und sprach sich im Namen der SVP gegen die Initiative aus. Nein sagten auch SP und Grüne.

Die Regierung hatte sich in ihrem Bericht positiv über die Initiative geäußert und dem Parlament Zustimmung vorgeschlagen. Nicht so die landrätlige Finanzkommission. Diese beantragte mit acht zu fünf Stimmen dem Plenum, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen und mit acht zu drei (bei zwei Enthaltungen) dem Stimmvolk einen Gegenvorschlag zu unterbreiten.

**VERZICHT AUF DETAILS.** Man müsse sich bewusst sein, dass bei den Schritten zur Vereinfachung

«der Teufel im Detail liege». Der Gegenvorschlag soll nun so konzipiert werden, dass die Forderung nach einem einfachen Steuersystem sowie der Auftrag an die Regierung, sich für eine Vereinfachung der Bundesgesetzgebung einzusetzen, in der Verfassung verankert würden. Auf Konkretisierungen und Details wie Ständesinitiative und Soll-Kapitalrendite aber wird verzichtet.

Der letzte Entscheid des Landrats fällt aber erst bei Vorliegen der ausgearbeiteten Fassung des Gegenvorschlags.



**landrat**  
Berichterstattung aus dem Baseltbieter Parlament

nachrichten

## SBB nach Pannenserie in die Kritik geraten

«KATASTROPHE». Nach der Pannenserie der SBB im Basler Regionalverkehr forderte Landrat Isaac Reber (Grüne) in einem dringlichen Postulat Massnahmen wie die Einführung eines Bonus-Malus-Systems. Bau- und Umweltschutzdirektor Jörg Krähenbühl (SVP) bezeichnete die Probleme bei den SBB als eine «Katastrophe». Laut Krähenbühl treten die Schwierigkeiten seit dem Fahrplanwechsel vom vergangenen Dezember im Ergolzta, Fricktal und Laufen auf. Ein Bonus-Malus-System sei bereits seit längerer Zeit in Planung, sagte Krähenbühl, spätestens auf 2013 werde es eingeführt. Der Landrat stellte sich mit 56 gegen 21 Stimmen hinter das Postulat, schrieb es aber gleich ab, weil das geforderte System bereits aufgelegt worden ist.

## Beitrag für Kinderspital beider Basel bewilligt

**17,2 MILLIONEN.** Der Landrat hat 17,2 Millionen Franken für das Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) für 2011 bewilligt. Dabei handelt es sich um einen Kredit für Spitalbehandlungen, einen Globalbeitrag für übrige Leistungen und einen Beitrag an Umzugskosten. Die Kredite und Beiträge wurden vom Parlament einstimmig genehmigt. Der Kredit für die stationäre Versorgung von Patientinnen und Patienten aus dem Kanton Basel beträgt 10,9 Millionen Franken, der Globalbeitrag zur Abgeltung der übrigen Leistungen 5,2 Millionen und der einmalige Beitrag an Umzugskosten 1,1 Millionen. SDA

## Steuerverwaltung soll veranlagten

**GESETZESÄNDERUNG.** Die kantonale Steuerverwaltung soll die Veranlagung der Grundstückgewinn- und der Handänderungssteuer übernehmen. Diese Änderung des Steuergesetzes und des dazugehörigen Dekrets fand im Landrat bei der ersten Lesung klar Zustimmung. Heute werden die Grundstückgewinn- und die Handänderungssteuer von den Bezirksschreibereien veranlagt und dann zur Kontrolle und zur Eröffnung der Steuer an die Steuerverwaltung geschickt.

## Richter Brandenberger tritt sofort zurück

**GESUNDHEITSGRÜNDE.** Der Strafrichter Peter Brandenberger (SVP) tritt aus gesundheitlichen Gründen sofort zurück. Das gab Landratspräsidentin Beatrice Fuchs (SP) bekannt. Brandenberger habe vor Weihnachten einen Herzinfarkt erlitten. Fuchs verlas ausserdem das Rücktrittsschreiben des Ersten Landrichters Walter Mundschin, der Ende Oktober dieses Jahres in Pension geht (siehe Seite 30).

# Gärtchendenken bei der Informatik kritisiert

Finanzdirektor Adrian Ballmer verteidigt die EDV-Strategie des Regierungsrats

STEFAN GYR

**Bei der Informatik der Kantonsverwaltung könnte ein zweistelliger Millionenbetrag eingespart werden. Zu diesem Schluss ist eine Arbeitsgruppe der Geschäftsprüfungs-kommission gelangt. Sie empfiehlt der Regierung eine Zentralisierung.**

Wegen EDV-Problemen in der Baseltbieter Kantonsverwaltung hat der Landrat 2002 eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) eingesetzt, die zwei Jahre später einen umfangreichen Bericht mit vielen Empfehlungen abliefern. Jetzt haben die Finanzkontrolle und eine Arbeitsgruppe der landrätlischen Geschäftsprüfungs-kommission (GPK) überprüft, wie weit

die Vorschläge der PUK umgesetzt worden sind. «Einiges läuft heute sehr gut, und die Probleme sind ein wenig geringer geworden», stellte gestern im Parlament Hanspeter Weibel (SVP) fest, der den Vorsitz der vierköpfigen Informatik-Arbeitsgruppe der GPK innehatte.

Doch die Arbeitsgruppe habe ein Einsparpotenzial von zehn bis 20 Prozent geortet. Das entspreche einem zweistelligen Millionenbetrag. Mängel wurden laut Weibel im Projektmanagement wie auch in der Organisation festgestellt. In der Kantonsverwaltung gebe es vier «Informatikfirmen»: Jede Direktion ausser der Sicherheitsdirektion betreibe eine eigene Informatikabteilung.

Noch immer bestehe ein Gärtchendenken, das eine effiziente Umsetzung von Lösungen verhindere. Die GPK-Arbeitsgruppe empfahl der Regierung, eine zentrale Einheit zu schaffen, die für die Informatikbedürfnisse der gesamten Verwaltung zuständig ist. Sie wollte die Regierung beauftragen, dem Landrat innert drei Monaten einen Umsetzungsplan vorzulegen.

**NICHT IN DEN SAND GESETZT.** Alle Fraktionen stimmten den Empfehlungen und Anträgen der Arbeitsgruppe zu. Regierungsrat Adrian Ballmer (FDP) erklärte dagegen, weder eine zentrale noch eine dezentrale Informatiklösung

seien erfolgversprechend. Die «hohe Schule» liege in einer Balance, und dieses Ziel werde auch mit der vom Regierungsrat eingeführten Informatikstrategie angestrebt.

Ballmer betonte, die Informatik des Kantons Baselland weise einen «hohen bis sehr hohen Standard» auf. Die Informatikprojekte der letzten zehn Jahre seien erfolgreich ausgeführt worden. Kein einziges der mittleren und grossen Projekte sei in den Sand gesetzt worden, erklärte Ballmer. Der Finanzdirektor versprach, die Regierung werde in ihrem Bericht ausführlich zu den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Stellung nehmen.

im vorzimmer

## Landräte zeigen auf, wo sie in ihrem Privatleben sparen könnten

**POTENZIAL.** Um den Kanton Baselland in diesem Jahr zurück in die schwarzen Zahlen zu führen, muss die Regierung ein grosses Sparpaket schnüren. Wie dieses aussehen soll, darüber schweigt sich die Regierung bis nach den Gesamterneuerungswahlen im März aus (siehe Seite 25). Privat würden die Landräte den Rotstift am ehesten bei der Freizeitgestaltung oder der Kommunikation ansetzen. So würden sie etwa weniger oft auf Reisen gehen oder auf näherliegende Destinationen ausweichen. Politiker müssen erreichbar sein – da ist die Handyrechnung oftmals ein grosser Kostenpunkt. Diesen zu minimieren würde viel Geld einsparen, ist jedoch nur schwer realisierbar. cn



**Simon Trinker.**  
Landrat der Grünen.

### «Ich brauche Natel und Internet viel»

«Viel Geld werfe ich jeweils für mein Natel auf. Ich telefoniere oft und nutze das mobile Internet viel. Ansonsten gebe ich das Geld für das Nötigste aus. Am Ende des Monats bleibt so immer etwas übrig.»



**Mirjam Würth.**  
SP-Landrätin.

### «Ich reise oft und kaufe Bücher»

«Viel Geld gebe ich für Bücher und Reisen aus. Oft lese ich auch Bücher aus der Bibliothek. Wenn ich das vermehrt tun würde, könnte ich Geld sparen. Als Biologin interessiere ich mich sehr für Tiere und Pflanzen, die ich bevorzugt in natura sehe. Daher gebe ich einiges Geld für Reisen aus.»



**Christine Gorengourt.**  
CVP-Landrätin.

### «Bei Lebensmitteln ist Qualität wichtig»

«Am effizientesten würde meine Familie bei den Skiferien sparen können. Keine Einsparungen würde ich beim Einkaufen vornehmen; es ist mir wichtig, regionale und qualitative gute Lebensmittel zu erwerben. Wenn immer möglich sollte man beim Sparen Qualitätseinbußen vermeiden.»



**Werner Rufi.**  
FDP-Landrat.

### «Technische Artikel sollen lange halten»

«In zwei Lebensbereichen kann man sparsamer mit Ressourcen umgehen: Weniger Autofahren käme der Umwelt zugute. Ich lege zudem Wert darauf, mit dem technischen Fortschritt zu gehen. So kaufe ich hochwertige technische Artikel, die dann auch eine lange Lebensdauer haben.»



**Rosmarie Brunner.**  
SVP-Landrätin.

### «SMS anstatt Telefonieren»

«Ich gehe sehr häuslicherisch mit dem Geld um, das mir zur Verfügung steht. Daher muss ich nicht viel sparen. Sicherlich wäre meine Natelrechnung um ein Vielfaches höher, wenn ich statt Kurzmitteilungen zu versenden mehr telefonieren würde.»